

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2009



Eins, zwei, drei – wer rät noch mit?

2010 geht noch was; ab 2011 wird man weiter sehen. Das ist in aller Kürze zusammengefaßt die Formel, in der die Bundesregierung durch den Finanzminister mitteilen lässt, wie viel von den in Aussicht gestellten Steuersenkungen die Bürger in den kommenden vier Jahren zu erwarten haben. Eins, zwei, drei – wer rät noch mit? Finanzminister Wolfgang Schäuble würde sicherlich gern Genaueres sagen. Aber auch er sieht vor lauter Schulden nicht so recht durch die Finanzen der neuen Legislaturperiode.

Man muss sich sogar fragen, woher der Finanzminister den Mut bezieht, überhaupt noch von Steuersenkungen zu sprechen. Den Deutschen wachsen die Schulden ihres Staates über den Kopf; damit stehen sie in Europa und im Vergleich zu anderen Teilen der Welt nicht allein. Das Schuldengebirge der in der Eurozone versammelten Staaten erhebt sich zu einer so bedrohlichen Höhe, dass die Europäische Zentralbank Mahnungen zur Konsolidierung in einem Ton erteilt, der an die Sirenen von Feuerwehrautos erinnert. Europa und das Schuldenproblem ist keineswegs einzigartig. Die Amerikaner häufen Dollar auf Dollar in den Büchern ihrer Haushalte. In rot geschrieben, wie es sich für Schulden geziemt.

Die Krise der Bankenwelt ebbt ab. Erste Zeichen eines neuen, wenn auch noch eine Weile wohl flach und nicht ungestört verlaufenden Aufschwungs sind in den Konjunkturstatistiken zu erkennen. Aber die öffentlichen Haushalte – die Bilanzen der Staaten – zeigen hohe Summen in tiefem Rot. An solche Schulden erinnern sich auch die Erfahreneren unter den Statistikern nicht einmal mit Mühe. „Das ist noch lange nicht konsolidiert“, wie die Rechner unter den Ökonomen sagen. Das sollte kein Grund sein, in untätigem Trübsinn zu versinken. Im Gegenteil: Es gibt viele Gründe, die Haushalte der Staaten mit Ausgaben- disziplin aus den roten Zahlen zu bringen.

Hans D. Barbier

Papierflut

Die Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestages waren besonders fleißig bei der Produktion von Gesetzen (siehe Im Klartext September 2009, „Freiheit statt Regelungswut“). Einen bislang einmaligen Rekord stellten die Parlamentarier des 16. Bundestages auch bei der Zahl der Drucksachen auf, die alle im Parlament behandelten Vorlagen umfassen, beispielsweise Gesetzentwürfe, Anträge, Beschlussempfehlungen, Ausschussberichte, Unterrichtungen, Anfragen.

Mehr als 14 000 Drucksachen wurden in der 16. Wahlperiode publiziert, knapp 3 000 mehr als der bisherige Höchstwert, der in der Legislaturperiode von 1994 bis 1998 erzielt wurde: 11 472 Drucksachen wurden damals gezählt. Nur einmal noch wurde die Zahl von 10 000 überhaupt übersprungen, nämlich um sechs Drucksachen in der Legislaturperiode von 1998 bis 2002.

www.bundestag.de/dokumente/drucksachen

Berater gesucht

Seit dem Jahr 2000 haben externe Kräfte, zum Beispiel Anwaltskanzleien, an insgesamt 60 Gesetzen und Verordnungen mitgewirkt. Das listet eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Opposition (BT-Drucksache 16/14133) akribisch auf.

Die externen Helfer wurden ab 1990 erfasst. Wie in

der Antwort erläutert wird, sei „nicht davon auszugehen, dass vor 1990 Externe in nennenswertem Umfang an der Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen mitgewirkt haben“. Im Zeitraum von 1990 bis 1999 gab es lediglich eine aktenkundige externe Beratung. Aus der Zusammenstellung ergibt sich, dass die Berater-Praxis mit Amtsübernahme der rot-grünen Bundesregierung in Schwung kam. Die meisten Aufträge erhielten Institute aus der Umweltberatung, gefolgt von Wirtschaftsanwälten.

Für externe Leistungen zahlte das Bundesumweltministerium der Aufstellung zufolge insgesamt mehr als 3,6 Millionen € an Honoraren und das Bundesverkehrsministerium mehr als 2,1 Millionen €. Im Bundesinnenministerium wurden insgesamt 485 000 €, im Bildungs- und Forschungsmuseum knapp 52 000 € und im Familienministerium 2 500 € an Honoraren fällig. Entsprechenden Honorarangaben für Bundesfinanz- und -wirtschaftsministerium sind laut Antwort als „VS-Vertraulich“ eingestuft.

Besonders starker Beratungsbedarf scheint im Bundesumweltministerium zu herrschen. Es verzeichnet mit 36 externen Hilfen mehr als die Hälfte aller Auftragsarbeiten. Das Bundesverkehrsministerium (zehn Fälle) und das Bundesministerium des Inne-

ren (fünf Fälle) waren ebenfalls überdurchschnittlich oft auf Hilfe angewiesen.

www.bundestag.de/dokumente/drucksachen

Dieses Ministerium wird gefördert durch...

Nicht nur Fachwissen, auch Geld scheint knapp, wie der aktuelle „Dritte Sponsoringbericht der Bundesverwaltung“ zeigt. Es gibt allerdings weniger Bereitschaft zur externen finanziellen Unterstützung von Bundesbehörden. Sie wurden in den Jahren 2007 und 2008 mit 78,2 Millionen € von Unternehmen, Verbände und Einzelpersonen unterstützt. Damit sank die Summe im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2006 um 2,1 Millionen €.

Die mit Abstand meisten Geldhilfen erhielt das Gesundheitsministerium mit rund 42,3 Millionen €. Davon wiederum entfielen allein rund 39 Millionen € auf eine Kampagne zur Aidsaufklärung; das war der Gegenwert für Plakate und Spot-Schaltungen in Radio und Fernsehen.

Die zweithöchsten Sponsoringelder erhielt der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (9,37 Millionen €). Bescheiden gab sich das Bundesverfassungsgericht, das die 116 000-€-Förderung in Wissen investierte: in die Ausstattung ihrer Bibliothek.

Das Sponsoring hatte einen Anteil von 0,00014 Prozent an den Einnahmen des Bundes. Sie hätten damit nur eine marginale Bedeutung, heißt es im Bericht. Allerdings stellt der Bericht auch heraus: Die Leistungen seien Vorhaben zugute gekommen, die sonst nicht hätten verwirklicht werden können.

www.bmi.bund.de

Wachstum statt Soziale Marktwirtschaft

Nach knapp vier Wochen intensiver Verhandlungen setzten die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP am 26. Oktober 2009 ihre Unterschriften unter den Koalitionsvertrag. Auf 124 Seiten hat die neue Bundesregierung unter dem Titel „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ ihren Arbeitsplan für die kommenden vier Jahre festgehalten.

Die Fülle der zusammengetragenen Aufgaben ist beachtenswert: Ob ein Sofortprogramm krisenentschärfender Maßnahmen oder Steuerreform und -vereinfachung, ob Mittelstand, ältere Arbeitnehmer oder Rentner, ob eigenständige Jungen- und Männerpolitik oder Jagdrecht, ob Branntweinmonopol oder Deutsche Weinkultur, alle nationalen und internationalen Politikbereiche sind – mal ausführlicher, mal knapper – angesprochen.

Nicht nur aus Sicht der Koalitionäre scheint es daher kaum Anlass zu geben, Kritik am vereinbarten Arbeitsplan zu üben. Selbstverständlich wird sich immer eine Interessengruppe finden, die überzeugt ist, zu kurz gekommen zu sein. Aber alles in allem hat die neue Bundesregierung tage- und nächtelang verhandelt und im Ergebnis für jeden etwas parat.

Leitbild Soziale Marktwirtschaft?

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ taucht sieben Mal an vier Stellen in den mehr als 6 000 Zeilen auf. Zum Vergleich: „Wachstum“ – vom einzelnen Wort bis zu Kombinationen wie „Wachstumsdynamik“ oder „Wachstumssicherung“ wird nahezu fünf Mal so häufig erwähnt. Gleich zu Beginn des Koalitionsvertrages steht plakativ und ein-

drucksvoll: „Unsere wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale Marktwirtschaft.“ Es kann also vermutet werden, dass der Vertrag im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft verfasst wurde. Bleibt die Frage, was die neue Bundesregierung unter Sozialer Marktwirtschaft versteht.

Hier zeigen sich schnell die Unterschiede gegenüber den Ansichten Ludwig Erhards und anderer freiheitlicher Denker. Die Bundesregierung, die sich nach eigenen Angaben als „bürgerliche Koalition“ versteht, sieht vor allem im Staat, konkreter: in der Bundesregierung, den Hauptakteur in Wirtschaft und Gesellschaft. Als Arbeitsprogramm ist an den zahlreichen Absichtserklärungen der Koalitionäre nichts auszusetzen. Aber in den Ausführ-

ungen zu ihrer politischen Umsetzung stellt der Leser fest, dass die Regierung den Bürgern Angebote macht, Anreize „richtig“ setzt und mit diversen Eingriffen und Förderungen die „Motivation deutlich stärkt“. Der Bürger wird mit diesem Politikverständnis zur Verfügungsmasse der Politik; eine Bundesregierung, die sich als „bürgerliche Koalition“ versteht, ließe eigentlich etwas anderes erwarten.

Der Staat als „Macher“

Im Koalitionsvertrag zeigt sich ein Staatsverständnis, das aus Sicht der Erhard'schen Sozialen Marktwirtschaft unzureichend ist. Das ist erstaunlich, denn vor der Bundestagswahl entstand der Eindruck, dass der in Deutschland bestehende gro-

Soziale Marktwirtschaft im Koalitionsvertrag

An vier Stellen nimmt der Koalitionsvertrag Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft:

Seite 5: „Unsere wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale Marktwirtschaft. (...) Wir achten, schützen und verteidigen die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit aller Kraft. Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat nicht nur zu großem Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen, sondern auch zu einem einmaligen sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Die Ordnungspolitik setzt in der Sozialen Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen.“

Seite 13: „CDU, CSU und FDP bekennen sich zur Tarifautonomie. Sie ist ein hohes Gut, gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft und hat Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung.“

Seite 16: „Der Mittelstand ist das Herz der Sozialen Marktwirtschaft.“

Seite 44: „Um Finanzmarktkrisen, wie wir sie derzeit erfahren, in Zukunft zu vermeiden, müssen die grundlegenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie Haftung und Verantwortung wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen.“



„Wenn die Worte nicht stimmen, stimmen die Begriffe nicht.
Wenn die Begriffe nicht stimmen, wird die Vernunft verwirrt.
Wenn die Vernunft verwirrt ist, gerät das Volk in Unruhe.
Wenn das Volk unruhig wird, gerät die Gesellschaft in Unordnung.
Wenn die Gesellschaft in Unordnung gerät, ist der Staat in Gefahr.“
Konfuzius

Be Einfluss des Staates, das verhaltene Wachstum, die bedenkliche Arbeitslosigkeit und zunehmende soziale Unsicherheiten durch prinzipielle politische Fehlorientierungen entstanden sind, die bei der vorher amtierenden Bundesregierung den Regeln einer Großen Koalition geschuldet waren.

Die schwarz-gelbe Koalition verzichtet nun auf eine überzeugende politische Alternative und damit auf eine neue politische Perspektive. Sie beschränkt sich stattdessen darauf, eine Politik fortzusetzen, wie sie bereits in den vergangenen Jahrzehnten mit überwiegend mäßigem Erfolg betrieben wurde.

Denn die Probleme, die im aktuellen Koalitionsvertrag angesprochen werden, gibt es seit langem. Ob Steuerreform oder Bürokratieabbau, ob Arbeitsmarkt oder Staatsverschuldung – diese und andere Bereiche mehr finden sich auch in früheren Koalitionsvereinbarungen. Seit Jahrzehnten wurde vieles versucht: Das Regierungsprogramm von 1982 – ebenfalls von einer Koalition aus CDU, CSU und FDP entworfen – kündigte eine weit reichende „geistig-moralische Wende“ an. Die rot-grüne „Agenda 2010“ und der im Jahr 2005 entstandene Vertrag der Großen Koalition – „Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit“ – verfolgten fast deckungsgleich soziale und ökonomische Ziele und wollten ähnliche Instrumente wie ihre Vorgänger nutzen, um diese Ziele zu erreichen.

Dass das Gutgemeinte oft genug nichts Gutes hervor-

bringt, weiß der Volksmund. Wie bei den Vorgängern fällt auch im aktuellen Koalitionsvertrag die starke Staatsgläubigkeit ins Auge: Der Staat organisiert Wachstum, gewährleistet soziale Sicherheit und weiß, welchen Innovationen die Zukunft gehört. Da kann es den Leser des Koalitionsvertrages kaum noch überraschen, dass sich im Koalitionsvertrag die Nennungen der Begriffe „Eigenverantwortung“, „Eigeninitiative“ und „Selbstvorsorge“ an einer Hand abzählen lassen.

Welche Freiheit?

Sogar der Freiheitsbegriff unterliegt dem staatsgläubigen Denken. Entgegen der Vorstellung von Ludwig Erhard, dass es nur eine originäre, unteilbare Freiheit gibt, wird im Koalitionsvertrag von diversen Freiheiten gesprochen und davon, dass es eine „letzte Freiheit“ gebe, auf die der Staat nicht zugreifen dürfe. Das Internet wird sogar als das „freiheitlichste Informations- und Kommunikationsforum der Welt“ bezeichnet: Freiheit im Superlativ!

Freiheit muss mit Verantwortung einhergehen. Das im Koalitionsvertrag ausgedrückte Staats- und Politikverständnis lässt für dieses Zusammenspiel keinen Platz. Aber: Ohne freiheitliche Ordnung keine freien Bürger. In einem derart staatsdominierten System ist der Bürger nur noch Untertan, aber nicht mehr selbstbewusster und verantwortlicher Akteur, der für eine freiheitliche Ordnung unverzichtbar ist. Im Koalitionsvertrag sucht man diese Erkenntnis vergebens. Statt-

dessen finden sich unzählige Detaillösungen. Dabei fragte Ludwig Erhard bereits vor 35 Jahren: „Was sind das für Reformen, die uns Wände voller neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsverordnungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht. Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten bringen, wenn nicht sogar zwingen.“

Alter Wein in neuen Schläuchen

Mit dem Koalitionsvertrag werden keine neuen Pfade beschritten, sondern alte weiter ausgetrampelt. Sein wichtigstes Ziel ist Wirtschaftswachstum: „Wir gehen davon aus, dass die in diesem Koalitionsvertrag vereinbarte Politik zu einer spürbaren Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums führt. Insbesondere erwarten wir eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. 100 000 Arbeitslose weniger haben eine Entlastungswirkung von etwa zwei Milliarden Euro im Haushalt und in den Sozial-

kassen.“ Das Wachstum soll gesteigert werden, dann wird alles gut: Mehr Arbeitsplätze entstehen, der Schuldenabbau wird möglich, die soziale Absicherung verbessert sich.

Gerade dieses Rezept entspricht aber genau dem schon seit Jahrzehnten verordneten. Wer Soziale Marktwirtschaft im Erhardschen Sinne versteht, weiß, dass es in einer freiheitlichen Ordnung nicht Aufgabe des Staates sein kann, Menschen anzuregen, mehr zu tun, um höheres Wachstum zu erzielen. In der Sozialen Marktwirtschaft entscheidet der Einzelne, was und wie viel er tut oder lässt. Nach Erhards Verständnis ist Wirtschaftswachstum überhaupt kein originäres Ziel der Wirtschaftspolitik. Wachstum ergibt sich, wenn die einzelnen Akteure für sich und ihre Angehörigen die Lebenssituation verbessern wollen. Der Staat hat mit einer gut bedachten Ordnungspolitik dafür zu sorgen, dass auch jeder dazu in der Lage ist. Durch politischen Dirigismus wird das nicht gelingen.

Andreas Schirmer

Koalitionsverträge

Partner eines Regierungsbündnisses treffen Vereinbarungen, in denen die Bedingungen der künftigen Zusammenarbeit festgelegt werden. „Solche Koalitionsvereinbarungen enthalten die personellen und sachlichen Bedingungen der Parteien beziehungsweise Fraktionen, unter denen die Koalitionspartner bereit sind zur Regierungsbildung sowie zur parlamentarischen Unterstützung dieser gemeinsam getragenen Regierung“ (Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages).

Rechtsnatur und Verbindlichkeit von Koalitionsverträgen sind umstritten. Teils werden sie als Verfassungsverträge angesehen, teils als politisch – nicht aber rechtlich – bindende Absprachen qualifiziert, als „politische Geschäftsgrundlage“ für die Bildung und Arbeit der Regierung. Einigkeit besteht, dass Koalitionsverträge gerichtlich nicht einklagbar und vollstreckbar sind.

[www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/
Koalitionsverhandlungen_-_Koalitionsvertrag.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/Koalitionsverhandlungen_-_Koalitionsvertrag.pdf)



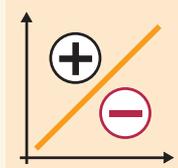
„Die Wirtschaftskrise zeigt sich auch im Oktober auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings hat sich die Entwicklung in den letzten Monaten etwas beruhigt. Eine Trendwende ist aber nicht erkennbar.“

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzend der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT

November 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung +

Die Zahl der Arbeitslosen ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Oktober 2009 in allen 16 Bundesländern zurückgegangen. Insgesamt waren rund 3,2 Millionen Menschen offiziell arbeitslos.

Ausschlaggebend für den saisonalen Rückgang sei hauptsächlich der Beginn von Schule, Ausbildung oder Studium gewesen, sagte Raimund Becker, Mitglied im Vorstand der BA. Deshalb sank die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren um 16 Prozent auf

339 000. Becker betonte, dass der Rückgang insgesamt nicht durch mehr arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zustande gekommen sei, „sondern durch den Markt selber“.

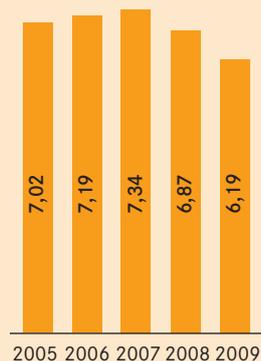
Eigenverantwortung +

Die Zahl der überschuldeten Privatpersonen in Deutschland ist 2009 gegenüber dem Vorjahr um 680 000 Personen zurückgegangen. Für die gesamte Bundesrepublik wurde zum Stichtag 1. Oktober 2009 eine Schuldnerquote von 9,1 Prozent (2008: 10,1 Prozent) ermittelt. Damit sind knapp 6,2 Millionen Personen über 18 Jahre überschuldet und weisen zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf (2008: 6,9 Millionen Personen).

Die gesunkene Zahl der Schuldner geht weitgehend auf drei Faktoren zurück: Erstens hat die Wirtschaftskrise bislang noch nicht auf die Zahl der Arbeitslosen durchgeschlagen; der Arbeitsplatzverlust als Hauptauslöser für Überschuldung wurde durch massive Ausweitung der Kurzarbeit vorerst verhindert. Zweitens hat der deutliche

Schuldner

überschuldete Privathaushalte, in Millionen



Quelle: Creditreform

Rückgang bei Energie- und Lebensmittelpreisen die Verbraucher entlastet. Drittens sind die Verbraucher vorsichtiger mit neuen Kreditverpflichtungen.

Geldwertstabilität +

Konsumenten und Sparer erleben bereits den vierten Monat in Folge mit stabilen oder sogar fallenden Preisen. Im Oktober 2009 lag die Inflationsrate bei null, die Preise waren auf demselben Niveau wie im Oktober 2008. Im Vormonat waren die Verbraucherpreise nach Berechnungen des

Statistischen Bundesamtes sogar um 0,3 Prozent gesunken.

Parallel dazu hat sich der Preisverfall im Großhandel erheblich abgeschwächt. Die Großhandelspreise fielen im Vergleich zum Vorjahresmonat im Oktober um sieben Prozent. Im Juli waren sie noch um 10,6 Prozent nach unten gegangen, so stark wie noch nie seit 1968, dem Beginn der Statistik. Die Entwicklung im Großhandel gilt als Indikator für die künftige Inflationsentwicklung, weil Einzelhandel und andere Abnehmer die Preisveränderungen an die Verbraucher weiterreichen.

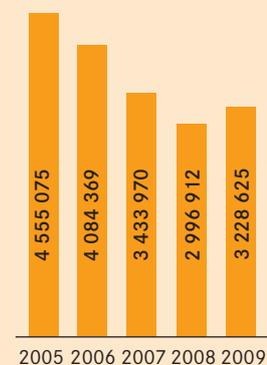
Verbraucherpreise

Veränderungsraten 2009, zum jeweiligen Vorjahresmonat

Januar	0,9 %
Februar	1,0 %
März	0,5 %
April	0,7 %
Mai	0,0 %
Juni	0,1 %
Juli	- 0,5 %
August	0,0 %
September	- 0,3 %
Oktober	0,0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitslose



jeweils Oktober
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance (innen); Bundesagentur für Arbeit
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard